

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

zwei Jahre nach Beginn des Moratoriums durch die Bundesregierung drängt sich verstärkt die Frage nach der Koordination und Organisation der Energiewende auf. Dabei basieren Forderungen nach einer zentralen Anlaufstelle vor allem auf der bisher als mangelhaft angesehenen Zusammenarbeit der derzeit zuständigen Ressorts und einer fehlenden Leitung des Großprojekts Energiewende.

Während heute, einige Monate vor der Bundestagswahl, vermehrt die Bildung eines Energieministeriums auf Bundesebene gefordert wird, gibt es auch zahlreiche Vorschläge für ein professionelles Projektmanagement der Energiewende. Bereits im Mai 2011 empfahl die Ethikkommission „Sichere Energieversorgung“ in ihrem Abschlussbericht sowohl die Etablierung eines parlamentarischen Beauftragten für die Energiewende als auch ein Nationales Forum Energiewende. Der Vorschlag eines Nationalen Forums wurde zuletzt erneut durch BDEW und WWF aufgegriffen, um den Herausforderungen dieses Großprojekts begegnen zu können. Nur mittels eines umfassend angelegten und institutionell breit verankerten Ansatzes könnte die Zusammenführung der für die Energiewende wichtigen Akteure gewährleistet werden.

Unabhängig von der genauen Umsetzung, fordern jedoch alle Vorschläge eine wirksame und vor allem zentrale Koordination der Energiewende unter Einbeziehung aller Akteure. Aus diesem Grund widmet sich unser aktueller Newsletter der möglichen Organisation und dem zukünftigen Management der Energiewende. In unserem Kurzbeitrag beschäftigen wir uns mit diversen Modellen und Forderungen für eine verbesserte Prozess- und Akteurs-Koordination. Auch in unserem Interview mit Claudia Kemfert wird deutlich, dass eine Kompetenzbündelung im Rahmen der Energiepolitik für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende unumgänglich ist. Zusätzlich äußern sich Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft über die Notwendigkeit einer zentralen Koordinierung der Energiewende.

Des Weiteren weisen wir Sie - wie in jeder Ausgabe - auf zukünftige Aktivitäten und Veranstaltungen des IASS hin und informieren Sie über die Ergebnisse des im Januar zusammen mit dem französischen Forschungsinstitut IDDRI organisierten deutsch-französischen Expertendialogs zur Energieeffizienz.

Ihre



Dr. Kathrin Goldammer, Projektleiterin Plattform Energiewende

NEWSLETTER

MÄRZ 2013

VERANSTALTUNGSHINWEISE



**IASS veranstaltet Workshop zu religiösen
Perspektiven auf Climate Engineering
24.-26. April 2013**

Im Zusammenhang mit dem Thema Climate Engineering stellen sich grundlegende Fragen über die Beziehung zwischen Mensch und Natur. Gelegentlich wird Climate Engineering mit "Gott spielen" verglichen, besonders in den Medien. Um besser zu verstehen, wie Climate Engineering im Rahmen verschiedener religiöser Weltbilder konzeptualisiert werden kann, bringt das IASS Experten zu diesem Thema in einem Workshop zusammen, der vom 24.-26. April am IASS durchgeführt wird.

[> WEITER ÜBER DIESEN LINK](#)

GLOBAL SUSTAINABILITY SUMMER SCHOOL 2013

July 01 to July 12, 2013 - in Potsdam/Germany

Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und das Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) rufen zur Bewerbung für die Global Sustainability Summer School 2013 "Complex(c)ity – Urbanization and energy transitions in a changing climate" **auf**. Der zweiwöchige Workshop, der vom 01. bis 12. Juli 2013 in Potsdam stattfindet, ist fokussiert auf globale Nachhaltigkeitsfragen aus der Sicht komplexer Systeme mit besonderem Schwerpunkt auf Urbanisierung, Energiewende und Klimawandel. Bewerbungsschluss ist der 01. April 2013.

[> WEITER ÜBER DIESEN LINK](#)

KURZBEITRÄGE

Koordination und Management des Gemeinschaftswerkes: Konzepte für die Energiewende

Die Bundestagsbeschlüsse zur Energiewende im Sommer 2011 führten zu einem signifikanten Paradigmenwechsel in der Energiepolitik. Nicht nur die Regierungskoalition läutete damit die Energiewende offiziell ein, die Entscheidung wurde vielmehr über Parteigrenzen hinweg getragen und wird von der überwältigenden Mehrheit der Gesellschaft bis heute unterstützt.

Da der eingeschlagene Weg unumkehrbar ist, ist es für das Gelingen dieses Vorhabens notwendig, den politischen Schwung und die breite gesellschaftspolitische Unterstützung beizubehalten.

[> WEITER ÜBER DIESEN LINK](#)

IASS und IDDRI initiieren deutsch-französischen Expertendialog zur Energieeffizienz

Direkt im Anschluss an die großen Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestags des Élysée-Vertrages haben das IASS und das IDDRI (Institut du développement



Professor Dr. Klaus Töpfer, Executive Director, IASS Potsdam

durable et des relations internationales, Paris) am 23. Januar in Berlin ein deutsch-französisches Expertengespräch zum Thema Energieeffizienz organisiert. Energieeffizienz spielt eine Schlüsselrolle in den Energiestrategien der beiden Länder, sei es die Energiewende in Deutschland oder die nationale Debatte zur Energietransition in Frankreich.

[> WEITER ÜBER DIESEN LINK](#)

TPEC über erneuerbare Energien und High-Tech-Politik



Kathrin Goldammer und Ulrich Mans veröffentlichten einen Artikel im GREEN Magazin über erneuerbare Energiepolitik in Deutschland, Japan und Kalifornien. Sie argumentieren, dass Länder ihre Energieinfrastruktur nicht nur auf eine rein technische Art und Weise organisieren, sondern vielmehr politische Entscheidungen eine wichtige Rolle spielen. Der Artikel bietet einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen der Energie-Systeme in Deutschland, Kalifornien und Japan.

[> WEITER ÜBER DIESEN LINK](#)



Quelle: <http://vik.de/fotos.html>

„Auf den ersten Blick erscheint die Idee der Zusammenlegung der Energieverantwortlichkeiten in einem Ministerium reizvoll. Die Abstimmungsprozesse könnten dadurch sicher beschleunigt werden. Allerdings ginge dabei auch ein wertvolles Korrektiv verloren.

Gemeinsam ringen Wirtschafts- und Umweltministerium darum, den komplexen Anforderungen des energiepolitischen Zieldreiecks – bezahlbare, umweltfreundliche und sichere Energieversorgung –, bisweilen in harten Sachauseinandersetzungen, nachzukommen. Die Aufteilung der Zuständigkeiten hält die drei energiepolitischen Ziele in einem Spannungsfeld und vermindert das Risiko einer unangemessenen Bedeutungsverschiebung innerhalb dieses Feldes. Das sind gute Gründe für eine Aufteilung der Kompetenzen. Wichtig wäre es dabei, die Zusammenarbeit stringent und zielorientiert so zu organisieren, dass keine absolute Blockierung des jeweils anderen möglich ist.“

Dr. Annette Loske, Hauptgeschäftsführerin des VIK Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e.V., Essen.



Quelle: privates Foto

„Die Energiewende wird vor allem von der Zivilgesellschaft vollzogen. Das stellt an die Kommunikation der Wende erweiterte und veränderte Anforderungen. Das gesellschaftliche und das staatlich Institutionengefüge, in dem Energiewirtschaft erfolgt, kann dem nicht genügen.

Eine Bündelung aller energiewirtschaftsrelevanten Fragen in einem Ministerium kann Abhilfe schaffen und dem stärker in der Zivilgesellschaft entfalteten Engagement Rechnung tragen.“

Dipl.-Ing. Bernhard Maron, Planungswissenschaftler und Stadt- und Regionalplaner.

INTERVIEW

„Die Energiewende nach innen aber auch nach außen muss glaubwürdig koordiniert und vertreten werden“ sagt Frau Professor Dr. Claudia Kemfert im Interview

Frau Professor Dr. Claudia Kemfert leitet seit April 2004 die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und ist seit April 2009 Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance (HSoG) in Berlin.

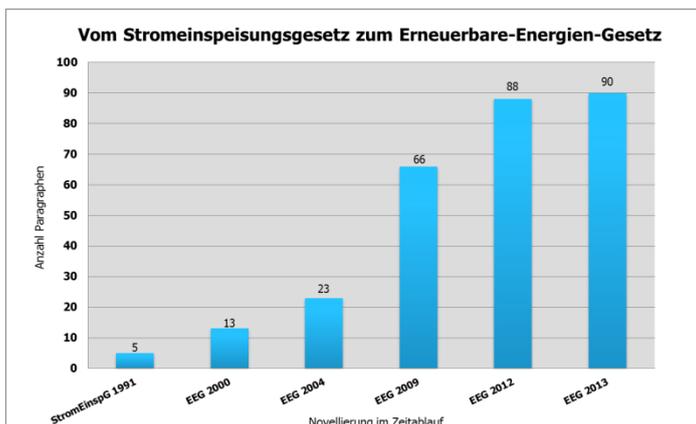
In unserem Interview diskutiert sie die Notwendigkeit einer einheitlichen und verantwortlichen Institution in Deutschland, die die Energiewende sowohl von innen als auch nach außen glaubwürdig koordiniert und federführend umsetzt. Dabei sieht sie zahlreiche Vorteile einer möglichen Kompetenzbündelung im Rahmen der Energiepolitik wie die Schaffung eindeutiger Verantwortlichkeiten, um notwendige Handlungsschritte durch geeignete Überwachung, Steuerung und Kommunikation bundesweit durchzuführen.

[> WEITER ÜBER DIESEN LINK](#)

STATISTIK DES MONATS

Vom Stromeinspeisungsgesetz zum Erneuerbare-Energien-Gesetz

Die Abnahme und Vergütung von Strom aus erneuerbaren Energieträgern wurde zunächst durch das Stromeinspeisungsgesetz (StromEinspG) geregelt und galt ursprünglich seit dem Jahr 1991. Bestand das damalige Gesetz noch lediglich aus fünf Paragraphen, so enthielt das Nachfolgergesetz, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), im Jahr 2000 bereits 13 Paragraphen. Nach seiner Einführung wurde das EEG durch verschiedene Neufassungen mehrmals angepasst: Bereits im Jahr 2004 wurde es im Rahmen seiner Novellierung auf 23 Paragraphen erweitert; nur fünf Jahre später enthielt das EEG im Jahr 2009 bereits 66 Paragraphen. Die umfangreichste Novellierung erfuhr das Gesetz allerdings im Jahr 2011. Mit seinen im nachfolgenden Jahr in Kraft getretenen Änderungen umfasste es bereits 88 Paragraphen; seit der aktuellen Fassung vom 1. Januar 2013 besteht es mittlerweile aus 90 Vorschriften.



Quelle: <http://oliver-krische.eu/ueber-mich/fotos.html>

„Das Kompetenz-Wirrwarr der schwarz-gelben Bundesregierung bei der Energiewende muss dringend beendet werden. Allein 5 Ministerien sind zentral bei der Energiewende involviert. Dies führt dazu, dass es ein ständiges Kompetenzgerangel und Stillstand gibt.

Es wäre hier sinnvoll, die zentralen Kompetenzen des Ausbaus der Erneuerbaren Energien und der Energiewende allgemein im Umweltministerium zu bündeln. Denn nur wenn ein einzelnes Ministerium den Hut aufhat, können die notwendigen Schritte hin zu 100% Erneuerbare Energien und Energieeffizienz vorgenommen werden.“

Oliver Krische, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Bundestag, Sprecher für Energiewirtschaft und Leiter der Arbeitsgruppe Energie und Klima für die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.